

Die Veranstalter

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund

Bezirk Berlin, Keithstraße 1–3, 10787 Berlin
 Telefon 030/2 12 40-110, Telefax 030/2 12 40-114
<http://www.berlin-brandenburg.dgb.de>

GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Landesverband Berlin, Ahornstraße 5, 10787 Berlin
 Telefon 030/21 9993-0, Telefax 030/21 9993-50
<http://www.gew-berlin.de>

GdP – Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Bezirk, Viktoria-Luise-Platz 12a, 10777 Berlin
 Telefon 030/21 0004-11, Telefax 030/21 0004-29
<http://www.gdp-berlin.de>

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Landesbezirk Berlin-Brandenburg / Bezirk Berlin,
 Engeldamm 70, 10179 Berlin
 Telefon 030/2 31 21-0, Telefax 030/2 31 21-613
<http://www.bb-verdi.de>

Unsere Gäste

fliegen durch die Welt
www.city-internet.de



Eine Veröffentlichung von DGB, GEW, GdP und ver.di.
 V.i.S.d.P.: Burkhardt Thiemann, ver.di Berlin-Brandenburg, Engeldamm 70, 10179 Berlin

FÜR EIN LEBENSWERTES BERLIN

Demonstrationszüge

- 1. Treffpunkt um 17.30 Uhr
 am Rathaus Wedding – Leopoldplatz**
 Demonstration über Müllerstraße, Chausseestraße,
 Friedrichstraße und Unter den Linden
- 2. Treffpunkt um 17.30 Uhr
 am S-/U-Bahnhof Schönhauser Allee**
 Demonstration über Schönhauser Allee, Rosa-Luxemburg-
 Straße, Memhardstraße, Karl-Liebknecht-Straße und Unter
 den Linden
- 3. Treffpunkt um 18.00 Uhr
 am U-/S-Bahnhof Warschauer Straße**
 Demonstration über Warschauer Straße, Mühlenstraße,
 Stralauer Platz, Holzmarktstraße, Stralauer Straße,
 Mühlendamm, Breite Straße, Französische Straße und
 Markgrafenstraße
- 4. Treffpunkt um 17.00 Uhr
 am U-/S-Bahnhof Tempelhof**
 Demonstration über Tempelhofer Damm, Mehringdamm,
 Wilhelmstraße, Leipziger Straße, Friedrichstraße und Unter
 den Linden
- 5. Treffpunkt um 17.15 Uhr am
 U-Bahnhof Hansaplatz/S-Bahnhof Bellevue**
 (Hansaplatz/Bartningallee). Demonstration über Bartning-
 allee, Altonaer Str., Großer Stern, Straße des 17. Juni, Ebert-
 straße, Behrenstraße, Wilhelmstraße und Unter den Linden

NICHT MEHR STILLHALTEN



Demonstrationen und Kundgebung

**Dienstag, 25. Juni 2002
 19.30–21.30 Uhr**

**Bebelplatz
 Unter den Linden**

**Für eine andere
 Politik in Berlin**

Abbruch statt Aufbruch?

Liebe Berlinerinnen und Berliner,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Viele Menschen in unserer Stadt spüren immer deutlicher:
Der eingeschlagene Weg von Rot-Rot **wird Berlin nicht sanieren, sondern demontieren**; die Enttäuschung über die »Koalition der Haushälter« wächst von Tag zu Tag.

Das Regierungsprogramm von SPD und PDS kennt nur einen Weg: **Sparen, bis es quietscht!**

Die Kritik an dieser visionslosen Politik kommt nicht nur von den Gewerkschaften. In der Öffentlichkeit wächst die Erkenntnis, dass die Vernichtung von weiteren ca. 80000 qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen **zuerst die bürgernahen Dienstleistungen treffen wird.**

Mit über 62000 gestrichenen Stellen im öffentlichen Dienst ist der Berliner Senat schon heute einer der größten Arbeitsplatzvernichter.

Öffentliche Dienstleistungen sind kein Selbstzweck – Einrichtungen für Bildung und Erziehung, Anlaufstellen für Hilfen und Beratungen, Ver- und Entsorgungsleistungen, öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, Angebote der Freizeit und Kultur sowie Polizei und Feuerwehr sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft und Grundvoraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Berlin. **Dies alles steht auf dem Spiel!**

SANIERUNG STATT KAHLSCHLAG

Kundgebung

Dienstag, 25. Juni 2002
um 19.30 Uhr am Bebelplatz/Unter den Linden

Es sprechen:

- Dieter Scholz**
DGB Vorsitzender Berlin-Brandenburg
- Frank Bsirske**
Bundsvorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di
- Ulrich Thöne**
Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin
- Eberhard Schönberg**
Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Berlin
- Susanne Stumpenhusen**
Landesbezirksleiterin ver.di Berlin-Brandenburg

Es spielt:



FÜR EIN LEBENSWERTES BERLIN

Aufbruch statt Abbruch!

SPD und PDS konnten Regierungsverantwortung übernehmen, weil Berlin nach zehn Jahren Mehltau eine andere Politik wollte. Die überfälligen stadtpolitischen Veränderungen und auch die dringende Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sind nur **gemeinsam mit den Menschen und nicht gegen sie möglich.** Mentalitätswechsel kann nicht verordnet werden. Für Reformen, auch für Haushaltssanierung braucht man einen breiten Konsens; **Betroffene müssen zu Beteiligten werden.**

SPD und PDS sind im Begriff, das Engagement und die Kreativität der Berlinerinnen und Berliner zu verspielen. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes werden darüber hinaus diffamiert und verprellt: Sie seien schuld an der Haushaltsmisere ...

Neue Wege für Berlin sind möglich, aber nur mit einer anderen Politik! **Wir rufen deshalb alle Berlinerinnen und Berliner auf, gemeinsam mit uns ein deutliches Warnsignal an die Koalition zu senden. Der Kurs in die Sackgasse muss jetzt gestoppt werden.** Einer Politik, die die Reichen reicher macht und die Schwachen zur Kasse bittet, werden wir entschlossen entgentreten.

Wir handeln für ein lebenswertes Berlin.